ANTRAG

Beschluss der BAG Frieden & Internationales auf der Tagung vom 03. - 05. Mai 2024

*Antragsteller*in:* *Radosawa Stomporowski (KV Bonn)*

Tagesordnungspunkt: *TOP 7 Antragsberatungen*

A3: Schnellere Unterstützung der Beitrittskandidaten des Westbalkan, hegemoniale Dominanz und Einmischung unterbinden

Antragstext

Seit den Jugoslawienkriegen hegt Serbien Anspruch darauf, dass alle Serben in einer „serbischen Welt“ in einem Staat leben. Weiterhin erkennt Serbien Kosovo nicht an, die Republika Srpska sucht den Anschluss an Serbien, Kroatien strebt eine Revision des Abkommens von Washington (1994) und Dayton-Paris (1995) in Bosnien und Herzegowina und strebt dort die Erweiterung des Einflusses an, Bulgarien des Ohrider Abkommens (2001) in Nordmazedonien. Die fragile Lage auf dem Westbalkan droht aufgrund von geopolitischer Unsicherheit erneut zum Krisenherd zu werden.

Die Friedensabkommen für Bosnien-Herzegowina 1995, Kosovo 1999 und Mazedonien 2001 wurden unter dem Druck der USA geschlossen und haben lange Zeit den Frieden in der Region garantiert. Die EU hat zwei Mandate - die EUFOR-Mission Althea in Bosnien und Herzegowina und KFOR im Kosovo - um den Frieden in Südosteuropa zu sichern. Nach dem russischen Angriff in der Ukraine haben die EU und die USA ihre Truppen verstärkt, um eine Destabilisierung zu verhindern. Die mögliche Wahl von Donald Trump bereitet Sorgen über die Stabilität der Sicherheitsgarantien der USA. Die US-Truppen spielen durch den Stützpunkt Camp Bondsteel eine besondere Rolle, um die UN-Mandate tiefergehend abzusichern. Solange der Stützpunkt erhalten bleibt, wird erwartet, dass es keine militärische Intervention oder Sezessionen in den Balkanstaaten geben wird. Ein möglicher Rückzug durch Donald Trump könnte jedoch zu einer Eskalation der Lage führen. Umso wichtiger wird es sein, dass der Frieden in der Region auch ohne die USA ausreichend gesichert wird.

Neben der militärischen Sicherheit muss auch die zivilgesellschaftliche Perspektive durch einen schnelleren Beitrittsprozess in die EU verstärkt werden. Politisch ist der EU das Risiko bewusst und hat daher auch Bosnien und Herzegowina den Status eines Beitrittskandidaten verliehen.

Russische Desinformation und hegemoniale Interessen beeinflussen jedoch die Gesellschaft durch extremistische Parteien. Einige EU-Staaten, wie Ungarn oder jetzt auch die Slowakei, könnten russische Interessen in den Vordergrund stellen. Serbien und die Republika Srpska in Bosnien-Herzegowina vertreten ebenfalls eine pro-russische Haltung, die sich negativ auf die Verhandlungen zum EU-Beitritt auswirken. Die EU steht dabei vor dem Dilemma, die demokratische Transformation (schneller) einzufordern, die durch die serbische Haltung sowohl die eigene Aufnahme als auch die Aufnahme weiterer Beitrittskandidaten blockiert. Diesbezüglich bedarf es eines neuen Konzeptes, da auch die intensiven Bemühungen der EU um die Anerkennung des Kosovos durch Serbien gescheitert sind.

Die EU hat in der Vergangenheit falsche Signale gesetzt, als sie sich von einem „Wandel durch Handel“ Verhaltensänderungen Serbiens erhoffte. 2023 drängte die EU Serbien zur De-facto-Anerkennung des Kosovo und vernachlässigte dabei mehrere gewalttätige Ereignisse wie die Ausschreitungen gegen die KFOR-Truppen, den Aufmarsch an der Grenze zum Kosovo oder den serbischen Terroranschlag auf Banjska.[1]

Die Vertreter der Republika Srpska haben durch ihr politisches Verhalten keine Anzeichen für eine schnelle EU-Integration gezeigt, im Gegenteil arbeiten sie an der Zerstörung des Staates um sich der „serbischen Welt“, einem Großserbien anzuschließen. Damit hat Miloran Dodik in Bosnien und Herzegowina gegen das Friedensabkommen von Dayton verstoßen, indem er sezessionistische Gesetze erlassen oder Einreiseverbote gegen den Hohen Repräsentanten verhängt hat. Politische Vertreter nutzen dabei Freiräume, die ihnen der autonome Status zubilligt, um ihre persönliche Macht durch Korruption anzureichern und geopolitische Interessen zu bedienen. Diese nachsichtige Reaktion auf nationalistische Interessen kann von einer EU-Kommission nicht toleriert werden. Es müssen strengere und schnellere Sanktionen gegen diejenigen verhängt werden, die Wahlen manipulieren, Gewalt anwenden, terroristische Anschläge ausüben oder multiethnische Staaten wie Kosovo und Bosnien und Herzegowina zersetzen. Ein Appeasement, das die Täter nur zu weiteren destruktiven Aktionen ermuntert, muss verhindert werden. Über solche Maßnahmen Deutschlands und der EU ließe sich ein schnellerer Beitritt der Westbalkanstaaten befördern und hegemoniale Dominanz und Einmischung unterbinden.

Für Bosnien und Herzegowina gilt: Die Rolle der Republika Srpska lässt sich mit der vermeintlichen Sezessionisten im Donbas vergleichen. Zu Recht hat die Ukraine das Minsker Abkommen abgelehnt, das einer von Russland inszenierten Minderheit das Recht auf Mitbestimmung und Mitwirkung im Sinne einer Selbstverwaltung einräumen sollte. Es ging darum, Entscheidungen auf staatlicher Ebene zu blockieren und letztlich eine Sezession zu erreichen.

Vor etwa 20 Jahren hoffte man durch das Friedensabkommen von Dayton, die

Kriegsparteien durch das Konzept der Entitätsbildung zu befrieden und zu vereinen. Aber leider ist dies nicht gelungen und bedarf einer Überarbeitung. Aus ähnlich gelagerten Gründen will das Kosovo keine Selbstverwaltungsrechte für die serbische Minderheit im Norden einführen und blockiert an dieser Stelle eine Einigung mit Serbien.

Aber auch die radikal-völkische Kroatenpartei HDZ BIH von Dragan Covic untergräbt die Funktionalität der gesamtstaatlichen Institutionen, indem sie, unterstützt von der politischen Führung in Kroatien eine dritte, kroatisch dominierte Entität in Bosnien und Herzegowina fordern. Für diese Interessen ließ sich sogar der OHR Christian Schmidt einbinden und nutzt die ihm vergebenen „Bonn Power“ für mehrere Wahlinterventionen, um der HDZ BiH entgegenzukommen. Solchen Bestrebungen dürfen wir nicht nachgeben.

Auch wenn das Friedensabkommen den Erhalt des Staates von Bosnien und Herzegowina garantiert und weitere kriegerische Auseinandersetzungen beendet hat, hat es kritisch betrachtet den Konflikt lediglich eingefroren und die ethnische Teilung in der Verfassung von Bosnien und Herzegowina verankert. Insofern muss das Abkommen zu einem echten Frieden unter den Nachbarstaaten weiterentwickelt werden, bei dem die Sicherheit nicht mehr durch UN-Truppen abgesichert werden braucht. Das Dayton-Abkommen braucht auf mehreren Ebenen weitere Anstöße: 1.) Kroatien und Serbien verpflichten sich dabei, jegliche Ansprüche und hegemonialen Einmischungen zu unterlassen 2.) die internen Diskriminierungen werden beendet und 3.) wird eine nachhaltige diplomatische Offensive seitens der EU/USA erforderlich.
In dem Kontext ist es wichtig zu betonen, dass der Bosnienkrieg 1992-95 kein Bürgerkrieg war, "sondern ein internationaler bewaffneter Konflikt, in dem die politische Führung der Nachbarländer eine entscheidende Rolle spielten."[2]
Daher sind negative außenpolitische Einflüsse in die inneren Angelegenheiten Bosnien und Herzegowinas umgehend zu unterbinden, um eine Destabilisierung oder Eskalation zu verhindern. Die europäische Kommission hat solche Entwicklungen sorgfältig zu verfolgen und zu sanktionieren, da diese eine Weiterentwicklung aus der Gesellschaft heraus verhindern, um Probleme selbstbestimmt in die Hand zu nehmen.

Problematisch ist die ethnische Zementierung und Diskriminierung durch Dayton. Zahlreiche Minderheiten, jüdische Minderheiten oder Roma, sowie Bürger*innen, die sich nicht in eine ethnische Kategorie einordnen wollen, können sich nicht zur Wahl zum Präsidenten aufstellen lassen, da diese Posten ausschließlich den drei "konstitutiven Völkern" vorbehalten sind. Selbst die staatstragenden Ethnien können sich nicht zur Wahl aufstellen lassen, wenn sie in Gebieten wohnen, in denen sie nicht zur Entität gehören.
Um die innere ethnische Aufspaltung und Diskriminierung zu überwinden, müssen wir eine glaubwürdige Politik der EU einfordern. Deutschland und die europäische

Kommission müssen eine stärkere Rolle Haltung in Bezug auf die Menschenrechte einnehmen und den Prozess flankierend unterstützen.

[1] Möglicherweise glaubt sich Serbiens Präsident Vucic durch Waffenexporte an die Ukraine eine solche Vorgehensweise herausnehmen zu können, da er ansonsten eine enge Verbindung zu Russland pflegt.

[2] Tobias Flessenkemper: Westbalkan. Jahrbuch der Europäischen Integration 2023, S. 443.